

## **Beschluss des Landrats vom 11.04.2024**

Nr. 495

### **3. Petition «Für ein bezahlbares U-Abo!»**

2023/695; Protokoll: mko

Kommissionspräsidentin **Irene Wolf-Gasser** (EVP) führt aus, dass insgesamt 392 Personen die Petition «Für ein bezahlbares U-Abo!» unterzeichnet und damit festgestellt haben, dass das U-Abo ein Erfolgsmodell sei. Damit kann die Bevölkerung klimafreundlich und staufrei unterwegs sein. Mit Verweis auf den steigenden Abo-Preis, die sinkenden Abo-Zahlen und den Ausbau der Infrastruktur für den umweltschädlicheren motorisierten Individualverkehr, insbesondere den Ausbau der Autobahnen, fordert die Petition vom Landrat, den Preis für das U-Abo für alle natürlichen Personen mit Wohnsitz im Kanton Basel-Landschaft zu senken. Das Abo soll so subventioniert werden, dass das Jahres-Abo für Erwachsene CHF 365 (CHF 1 pro Tag) und für Personen unter 25 Jahre CHF 182.50 (CHF 0.50 pro Tag) kostet.

Die Petitionskommission hat die Petition an ihrer Sitzung vom 27. Februar 2024 im Beisein der drei Petentinnen beraten. Sie klagten über die Teuerung, die Klimakrise und die teuren Folgekosten des Strassenverkehrs. Dabei verwiesen sie auf andere europäische Städte wie Dunkerque, wo der ÖV ganz gratis ist. Die entstehenden Kosten werden dort zum Teil von den Firmen absorbiert, deren Mitarbeitende nun auf einen Gratistransport zählen können. In Deutschland gab es das 9-Euro-Ticket, das unterdessen allerdings 49 Euro kostet.

Ein BUD-Vertreter bestätigte in der Petitionskommission, dass das hiesige U-Abo seit vielen Jahren ein Erfolgsmodell ist, vor allem weil es schweizweit eines der günstigsten ist. Zudem ist es einmalig einfach, da es nur 1 Zone gibt. Die Preise für das U-Abo wurden per Dezember 2023 moderat angepasst. Die Erhöhung dient aber nicht der Gewinnmaximierung der Transportunternehmen, sondern hat zum Ziel, die Kostendeckungsgrade des ÖV (von heute etwa 50 %) zu halten. Ausserdem ist zu beachten, dass eine Halbierung des U-Abo-Preises das heutige wie auch das künftige ÖV-Angebot gefährdet. Die Kosten für den Kanton wurden auf mindestens CHF 30 Mio. veranschlagt. Gesellschaftspolitische Themen könnten und sollten nicht über den Preis des U-Abos gelöst werden. Statt eines Giesskannenprinzips soll die Sozialhilfe einspringen, um die Transportbedürfnisse von Menschen mit wenig finanziellen Möglichkeiten zu stillen. Die Kommission hielt aber fest, dass nicht alle Personen mit geringen finanziellen Mitteln, für die das U-Abo unerschwinglich ist, auf die Sozialhilfe zurückgreifen können. Im Regelfall müssen Sozialhilfebeziehende ihre Ausgaben für Mobilität über den Grundbedarf decken.

Die Petitionskommission beantragt dem Landrat mit 7:0 Stimmen, die Petition zur Kenntnis zu nehmen.

**Yves Krebs** (GLP) findet, dass einer Petition gewisse weiterführende Aktionen folgen sollten. Dazu ist zu sagen, dass seine Partei zukünftige Vorstösse unterstützen werde, die zu einer Angleichung mit Basel-Stadt führen – nämlich den CHF 365.– für Jugendliche bis 26 Jahre. Gegenfinanzieren liesse sich das auf Kosten des Senioren-Abos, das aus Sicht der GLP ohnehin ein alter Zopf ist – erst recht seit der 13. AHV-Rente.

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) weist darauf hin, dass auch die Kenntnisnahme eine politische Aktion ist. Es gäbe die Möglichkeit, eine Petition auch als Postulat zu überweisen.

**Roger Boerlin** (SP) fühlt sich von Yves Krebs mit den ins Spiel gebrachten CHF 365.– für die baselstädtischen Jugendlichen unter 26 Jahren zu einer Stellungnahme herausgefordert. Im Tarifverbund befinden sich sowohl Jugendliche aus Baselland als auch Basel-Stadt. Dadurch ist eine

Ungleichheit entstanden. Die SP hat sich dazu Gedanken gemacht und wird das Thema wahrscheinlich zu einem späteren Zeitpunkt aufgreifen und dazu eine Motion einreichen.

://: Mit 78:1 Stimmen wird die Petition zur Kenntnis genommen.

---